



Hilfsvereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 48

Das Blatt erscheint jeden Sonntagabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Lions-Broth-Strasse 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 27. November 1915

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Normalzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der Betrag ist stets vorher einzufinden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

29. Jahrg.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1914.

In der statistischen Beilage des „Correspondenzblattes“ Nr. 4 vom 18. November veröffentlicht die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands den Entwicklungsgang der Gewerkschaften 1914 in einem bedeutsamen Tabellenwert, umfangreicher als je zuvor. Die Statistik weist infolgedessen von denen der früheren Jahre ab, als sie neben den Uebersichten über das gesamte Jahr 1914 auch getrennte Uebersichten über das erste und zweite Halbjahr 1914 enthält. Diese Teilung läßt den Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaften deutlicher erkennen als die Uebersicht über das gesamte Jahr. Diese Erkenntnis ist von hoher Bedeutung für die Bewertung des gewerkschaftlichen Wirkens während des Krieges und wird deshalb diese Teilung der Jahresstatistik auch einen bleibenden Wert für die Zukunft haben. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß in diesem Aufbau der Statistik eine hervorragende statistische Leistung der Zentralverbände liegt, die um so höher bewertet werden muß, als den Organisationen durch Einberufung von Funktionären zum Kriegsdienst eine große Anzahl von Arbeitskräften entzogen wurde. Genau ließ sich allerdings der Trennungstrich in der Statistik zwischen der Zeit vor und nach Kriegsausbruch nicht ziehen, da der Krieg erst einige Wochen nach dem Ablauf des ersten Halbjahres ausbrach. Doch beeinträchtigt dieses Moment den Wert der Halbjahresübersichten ganz unerheblich.

Auch während der Kriegszeit hat sich die Vertretung der Arbeiterklasse durch die Gewerkschaften als notwendig erwiesen. In der Gewerkschaftsstatistik vom Jahre 1914 wird im begleitenden Text ein gedrängter Umriss von den Aufgaben, die während des Krieges von den Gewerkschaften zu erledigen waren und nach zu lösen sind, gegeben. Darunter sind zu nennen: die Arbeitslosenfürsorge, die Fürsorge für die Kriegsschädigten, der den Familien der Kriegsteilnehmer gewährte Rechtsschutz, die Aufrechterhaltung der Tarifverträge und schließlich der fortgesetzte Kampf gegen die Nahrungsmittelverknappung.

Die Ergebnisse der Statistik des Kriegsjahres 1914 liefern einen glänzenden Beweis für die ungebrochene Lebenskraft der Gewerkschaften. Nach diesem Ergebnis wird niemand mehr daran zweifeln, daß die Gewerkschaften nicht nur den Krieg über völlig durchhalten, sondern auch nach Beendigung des Krieges die Probe auf ihre Leistungsfähigkeit bei dem zu erwartenden Ansturm auf ihre Rassen bestehen werden. Wohl sind einzelne Verbände hart mitgenommen worden, im allgemeinen ist jedoch der Stand der Gewerkschaften ein günstiger.

Durch die Einberufung zum Kriegsdienst sind allerdings die Gewerkschaften stark geschwächt worden. Die der Generalkommission angeschlossenen 46 Zentralverbände (außer den Verbänden der Hausangestellten und Landarbeiter) zählten Mitglieder am Schlusse des

	1912	1913	1914
1. Quartals	2 476 407	2 567 692	2 478 861
2. "	2 533 715	2 576 608	2 482 046
3. "	2 572 624	2 547 209	1 677 494
4. "	2 559 781	2 498 959	1 485 428

Bis zum Jahreschlusse waren 746 551 Mitglieder, darunter 562 besoldete Angestellte, zum Kriegsdienst eingezogen. Es verbleibt demnach ein weiterer Verlust von rund 200 000 Mitgliedern. Dieser Verlust ist aus verschiedenen Ursachen erklärlich. Ein Teil wird noch auf Konto der Einberufungen zu setzen sein, die den Vorständen nicht gemeldet wurden. Durch den Einfall der Feinde in deutsche Gebiete, besonders der Russen im Osten, wurden eine Anzahl Zweigvereine völlig zerstört, und an vielen kleineren Orten im Innern Deutschlands ist das Organisationsleben durch die Einberufung aller tätigen Mitglieder völlig unterbunden worden. Auch die im Anfang des Krieges erfolgte plötzliche Störung des Wirtschaftslebens hat wohl einen starken Mitgliederverlust zur Folge gehabt. Die Zahl der Zweigvereine der Verbände ging gegen das Vorjahr von 11 707 auf 10 980

zurück. Von den größeren Verbänden hatten einen Abgang an Mitgliedern einschließlich der Eingezogenen: Metallarbeiter 222 000, Bauarbeiter 157 800, Transportarbeiter 106 400, Holzarbeiter 78 000, Fabrikarbeiter 77 900, Bergarbeiter 48 100, Textilarbeiter 36 100, Zimmerer 28 400, Maler 22 200, Buchdrucker 20 700 und Brauerei- und Mühlenarbeiter 20 000. Im Jahresdurchschnitt tritt der Rückgang an Mitgliedern nicht so stark hervor. Es hatten die Zentralverbände 1913 2 548 788 und 1914 2 052 877 Mitglieder, darunter 208 648 weibliche. Die Gesamtzahl ging um 496 886 und die der weiblichen Mitglieder allein um 20 028 zurück. Durch die Einberufung einer großen Zahl männlicher Mitglieder hat sich naturgemäß der Anteil der weiblichen an der Gesamtzahl stark gehoben, obschon sich auch die Zahl der weiblichen Mitglieder erheblich verminderte. Ihr Anteil stieg von 8,8 auf 9,9 pSt. In den 46 Zentralverbänden kommen dann noch die gleichfalls der Generalkommission angeschlossenen Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter, die 1914 im Jahresdurchschnitt 5642 beziehungsweise 17 740 Mitglieder hatten.

Auch die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine und die christlichen Gewerkschaften unterlagen in der gleichen Weise wie unsere Zentralverbände den Wirkungen des Krieges. Die Gewerksvereine gingen von 108 618 auf 77 749 und die christlichen Gewerkschaften von 342 785 Mitgliedern auf 282 744 zurück. Prozentual betrug der Rückgang gegen das Vorjahr bei den Zentralverbänden 19,5, bei den Gewerksvereinen 27,0 und bei den christlichen Gewerkschaften 17,5 pSt. Diese drei Gewerkschaftsgruppen zählten 1914 zusammen 2 412 870 Mitglieder. Für die „unabhängigen Vereine“ liegen für 1914 noch keine Angaben vor.

Im hervorragendsten Maße machen sich natürlich die Wirkungen des Krieges auf die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften geltend. Hierbei ist die Teilung der Statistik bei den Zentralverbänden in den beiden Halbjahren von hohem Werte. Bei den gegnerischen Organisationen fehlt leider diese Gliederung. Die Zentralverbände vereinnahmten 1914 insgesamt M. 70 871 915, M. 11 188 626 weniger als im Vorjahre. Im ersten Halbjahr betrug die Einnahme an Beiträgen M. 37 717 801, pro Mitglied M. 15,18, im zweiten Halbjahr dagegen nur M. 27 519 895, pro Mitglied jedoch M. 16,78. Absolut war die Einnahme im zweiten Halbjahr um 10 Millionen Mark geringer. Noch deutlicher kommt die Kriegszeit in den Ausgaben zum Ausdruck. Die Ausgabe aller Verbände für das ganze Jahr 1914 beläuft sich auf M. 79 547 272, pro Mitglied M. 38,76, 1913 wurden dagegen nur M. 74 904 962, also 4,8 Millionen Mark weniger verausgabt, und die auf jedes Mitglied entfallende Rate betrug nur M. 29,89. Im vollen Umfange läßt sich der Einfluß des Krieges auf die Ausgaben der Zentralverbände erst erkennen beim Vergleich der Ausgaben im einzelnen. Die Gegenüberstellung einiger wichtiger Posten gibt darüber einen guten Aufschluß. Es wurde verausgabt:

	Im 1. Halbjahr		Im 2. Halbjahr		1914 zusammen	
	absolut	pro Mitgl.	absolut	pro Mitgl.	absolut	pro Mitgl.
Für Arbeitslose ..	7754382	3,12	15920096	9,68	22718902	11,56
" Kranke	8205956	3,30	2430833	1,48	10795912	5,30
" Unterstützungen i. Notfällen	367879	—,14	2855916	1,74	3457391	1,69
" Str. its, Ausperungen ..	4004765	1,61	1126927	—,68	5217641	2,54
" Verbandsorgan	1309969	—,53	762176	—,46	2079049	1,01
" Agitation	1511974	—,61	916252	—,56	2563198	1,26

Einigen Verbänden war es leider nicht möglich, auch die aus Lokalkassen gemachten Ausgaben nach Halbjahren anzugeben; dadurch weisen die Ausgaben für das gesamte Jahr höhere Summen aus, als sie für die beiden Halbjahre zusammen angegeben sind. Da von fast allen Verbänden nach Kriegsausbruch die Krankenunterstützung aufgehoben oder doch stark eingeschränkt wurde, auch die Führung von Streiks unterblieb, so ist bei diesen Posten die Ausgabe im zweiten Halbjahre

erheblich geringer als im ersten. Nur für den Monat Juli kamen diese Ausgaben noch in vollem Umfange in Betracht. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung war im zweiten Halbjahr um 8,2 Millionen Mark höher als im ersten. Auch die Unterstützung in Notfällen weist im zweiten Halbjahr eine erhebliche Steigerung auf. An Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer wurden bis Jahreschlusse M. 6 475 569 verausgabt. Die gesamte Ausgabe für Unterstützung betrug 1914 54,1 gegen 1913 nur 47,7 Millionen Mark.

Der Vermögensbestand aller Verbände ging von M. 88 089 295 im Jahre 1913 auf M. 81 415 585 zurück. Dieser Vermögensrückgang ist verhältnismäßig gering, so daß trotz der großen Anforderungen, die die Kriegszeit an die Zentralverbände stellte, die Finanzlage derselben als günstig bezeichnet werden kann. Sie ist zum guten Teil darauf zurückzuführen, daß im dritten Quartal 1914 das Wirtschaftsleben wieder ins Gleichgewicht kam und damit die Gewerkschaften enorm entlastet wurden. Die günstige Finanzlage hat denn auch die meisten Verbände veranlaßt, die statutarischen Unterstützungsanstalten wieder völlig in Kraft treten zu lassen.

Mit ihren finanziellen Leistungen reichen die gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen bei weitem nicht an die Zentralverbände heran. Das gilt nicht nur für die absoluten Ausgaben, die ja naturgemäß erheblich geringer als bei den Zentralverbänden sein müssen, sondern auch für die im Durchschnitt auf jedes Mitglied entfallende Ausgabe. Außer der Streik- und Maßregelungsunterstützung verausgabten 1914 die Zentralverbände M. 48 101 811 = M. 23,44 pro Mitglied, die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine M. 610 186 = M. 7,85 pro Mitglied und die christlichen Gewerkschaften M. 2 402 870 = M. 8,50 pro Mitglied. Die Gesamtausgabe betrug bei den Gewerksvereinen M. 2 672 499 und bei den christlichen Gewerkschaften M. 5 871 801. Der Vermögensbestand belief sich auf M. 1 418 537 beziehungsweise auf M. 9 727 355.

Die Durchhaltung der Gewerkschaften während der Dauer des Krieges ist gewährleistet. Die aus dem Felde zurückkehrenden Mitglieder werden in ihnen den früheren Schutz und Rückhalt finden in den Wechselfällen des Lebens und bei den später wiederkehrenden wirtschaftlichen Kämpfen.

Die Neutralisierung des Arbeitsnachweises in München.

Auf Antrag einer Konferenz der Zentralverbände der Gewerkschaften Deutschlands am 10. Februar 1915 ging bekanntlich unterm 3. März d. J. dem Bundesrat und Reichstage durch die berufene Vertretung der deutschen Arbeiterschaft eine Petition über die „Gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises“ zu. Hierauf beschloß der Reichstag am 20. März, die verbündeten Regierungen zu ersuchen: 1. Dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Arbeitsnachweise eine gesetzliche Regelung erfahren. (Die Grundzüge, auf die sich das Gesetz stützen soll, sind in zehn Paragraphen zusammengefaßt diesem Beschlusse angefügt.) 2. Unverzüglich, nötigenfalls durch ein Notgesetz, für die Arbeitsvermittlung zugunsten der heimkehrenden Krieger nach dem Friedensschlus zu sorgen.

Inzwischen sind Monate ins Land gegangen, und man weiß nicht, wie lange es noch dauern wird, bis diese gerade jetzt so hochwichtige Angelegenheit der Arbeitsvermittlung in gesetzliche Bahnen gelenkt wird. Da kann die Arbeiterschaft nicht ruhig abwarten, bis das Gesetz kommt, weil die Gefahr besteht, daß sich dieses auch beim Friedensschlus noch in Vorbereitung befindet. Es ist vielmehr zu versuchen, an allen Orten, wo die Voraussetzungen gegeben sind, im Sinne der genannten Petition und des Reichstagsbeschlusses vorzuarbeiten.

Von dieser Ansicht ausgehend, hat der Gewerkschaftsverein München zu der Arbeitsnachweisfrage Stellung genommen und folgendes beschlossen:

1. Die dem Gewerkschaftsverein angeschlossenen Verbände zu ersuchen, sich bereit zu erklären, ihre bestehenden Arbeitsnachweise aufzulösen und dem städtischen Arbeitsamt München als Facharbeitsnachweise anzugliedern. Ausgenommen hiervon sollen jene Arbeitsnachweise sein, die durch tarifliche Vereinbarung auf paritätischer Grundlage errichtet sind.

Zur Erhöhung der Wirksamkeit des städtischen Arbeitsamtes und zur Vereinfachung des gesamten Arbeitsnachweises verlangen wir, daß auch die Arbeitgeber-

nachweise und die übrigen nichtgewerblichen Arbeitsnachweise sich dem öffentlichen Nachweis anschließen.

Der Stadtmagistrat München als Träger der öffentlichen Arbeitsvermittlung wird daher ersucht, bei den Arbeitgeberverbänden, die noch eigene Arbeitsnachweise haben, als auch bei den andern nichtgewerblichen Arbeitsnachweisen wegen des Anschlusses an den öffentlichen Nachweis unverzüglich die entsprechenden Schritte zu unternehmen.

2. Weiter wird der Magistrat der Stadt München ersucht, beim städtischen Arbeitsamt für die einzelnen Gewerbe genügende Sachabteilungen zu errichten.

3. Für jede Sachabteilung ist eine besondere Kommission zu bilden, in der Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in der gleichen Anzahl vertreten sind. Den Vorsitz in der Kommission führt ein unparteiischer Vorsitzender.

4. Die anzustellenden Beamten (Arbeitsvermittler) werden von der Verwaltungskommission des Arbeitsamtes gewählt. Sie müssen, soweit die Berufsabteilungen in Frage kommen, mit den Verhältnissen des Berufes vertraut sein, für den der Sacharbeitsnachweis errichtet ist.

5. Die übrigen Bestimmungen des Statuts und der Geschäftsordnung des städtischen Arbeitsamtes finden entsprechende Anwendung. Die Kontrolle der Arbeitslosen der Gewerkschaften übernimmt dabei das Arbeitsamt.

In der Sitzung des Gewerkschaftsvereins, in der diese Lesätze beschlossen wurden, war auch der Direktor des städtischen Arbeitsamtes München erschienen und erklärte, daß er mit den Lesätzen einverstanden sei. Auch der Münchner Magistrat hat sich mit diesen Lesätzen befaßt; dabei wurde gesagt, daß sich ihnen auch das Münchner Unternehmertum im Prinzip anschließe.

Unsere Filiale München nahm zu den Lesätzen in ihrer Versammlung am 27. Oktober Stellung und erkannte sie einstimmig an. Bereits nach dem letzten Tarifabschlusse war unsere Filiale bemüht, gemäß § 11 des Reichstarifvertrages eine Zentralisation der Arbeitsvermittlung im Metallgewerbe zu München herbeizuführen. Es wäre dies auch gelungen, wenn sich der Süddeutsche Maler- und Tünchmeisterverband entgegen allen übrigen Interessengruppen nicht ablehnend verhalten hätte. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß dieser Verband etwa einen hervorragenden Einfluß auf die Arbeitsvermittlung hätte. Nein, aber es handelte sich damals für uns um eine Tarifangelegenheit und der Süddeutsche Maler- und Tünchmeisterverband ist bekanntlich Vertragskontrahent. Jetzt liegen die Dinge aber insofern anders, als es sich um eine durch den Krieg hervorgerufene, im allgemeinen Interesse zu erledigende Frage handelt. Unser Standpunkt zu der Arbeitsnachweisfrage ist durch die Annahme der Lesätze des Gewerkschaftsvereins erneut gekennzeichnet. Man darf gespannt sein, ob der Süddeutsche oder, wie er jetzt heißt, der Südbayerische Maler- und Tünchmeisterverband nunmehr bereit ist, von seinem früheren organisationsegoistischen Standpunkt abzuweichen und seiner vaterländischen Pflicht zu genügen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Berlin-Konstantinopel. — Aufgaben der deutschen Orientpolitik. — Die Stellung der Türkei. — Zufuhrmöglichkeiten. — Der internationale Wettbewerb nach dem Kriege. — Die Kallindustrie während des Krieges. — Versuche zur Kallgewinnung im Ausland. — Abschluß der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft für 1914/15.

Das herrliche Vordringen der deutsch-österreichischen und bulgarischen Heere in Serbien schafft die Voraussetzungen für die zukunftsreiche Entwicklung unseres Bündnisses mit der Türkei; es stellt den unmittelbaren Zusammenhang der durch Interessensolidarität verbundenen Länder her. Mit der Eröffnung des freien Weges von Berlin nach Konstantinopel beginnt eine neue Periode politischer Gruppierung und wirtschaftspolitischer Gestaltung; die enge Verbindung der europäischen Zentralmächte mit der Türkei. Während England und Frankreich eine Zerstückelung der Türkei herbeizuführen strebt waren, ist Deutschlands Interesse mit der Unabhängigkeit und der Lebenskraft der Türkei auf das innigste

verknüpft; die Politik Frankreichs und Englands vor dem Kriege lief im türkischen Reich auf eine Schwächung der türkischen Staatsgewalt und der türkischen Wirtschaft hinaus, jede Befähigung der türkischen Finanzen, jeder zweckmäßige Ausbau des Verkehrswezens, jede verständige Regelung der Zölle wurde planmäßig verhindert. Eine Ausmerzung dieser Einflüsse in Konstantinopel war die Grundbedingung für ein eigenes kraftvolles Leben der Türkei, deren nationale Ziele zu fördern mit den Zwecken der deutschen Orientpolitik sich völlig deckt. Je stärker das türkische Volkleben der Türkei sich entfalten wird, um so wertvoller werden die Beziehungen mit ihr für Deutschland werden, sowohl als Bezugsland für Rohstoffe aller Art — für industrielle Produkte und für Nahrungsmittel —, gleichwie auch als Absatzland; denn mit dem Wachstum der türkischen Produktionskräfte wird entsprechend die Aufnahmefähigkeit des Landes für die Einfuhr von Erzeugnissen zunehmen. Viele Aufgaben hat der deutsche Handel in dem Verkehr mit der Türkei zu lösen. Von der gesamten Ausfuhrmenge der Türkei im Jahre 1908/09 gingen 513,7 Millionen Pfaster nach England und für 363,4 Millionen Mark nach Frankreich, während Deutschland im Jahre 1913 Waren im Werte von nur 74 Millionen Mark aus der Türkei einfuhrte, von denen mit 20 Millionen Mark Rohabak und mit je 10 Millionen Mark Rosinen und Teppiche an der Spitze stehen, Baumwolle wurde von Deutschland aus der Türkei nur im Werte von 2,1 Millionen Mark bezogen.

Auch für die Gegenwart, für den Augenblick ist die Herstellung des Schienenweges von Belgrad nach Sofia und damit die Eisenbahnverbindung der Zentralmächte mit Konstantinopel neben der selbstverständlichen großen militärischen Bedeutung wirtschaftlich nicht zu unterschätzen; es wird sich bei einiger Organisation die Zufuhr einer ganzen Reihe von Artikeln ermöglichen lassen. Wesentlich erhöht werden die Zufuhrmöglichkeiten für Deutschland ferner durch die Wiedererschließung der Donau- und affertstraße; die Donauschifffahrt gibt nach der Vertreibung der Serben und Russen aus der Donau einen billigen Frachtweg für Massentransporte, wobei in der Hauptfache Futtermittel aus Bulgarien und Rumänien, sodann rumänisches Petroleum in Betracht kommen. Nach dem Kriege wird aus den engen Beziehungen mit der Türkei und Bulgarien, späterhin wahrscheinlich auch mit andern Balkanländern, der industriellen Betätigung Deutschlands ein neuer und weiter Spielraum erwachsen, und diese Förderung unserer handelspolitischen Stellung in dem nunmehr ganz nahen Orient wird, abgesehen von dem Zukunftswert, bei den zu erwartenden Verschiebungen im Exportgeschäft mancherlei wertvolle Ausgleichsmöglichkeiten bieten. Natürlich werden die Bemühungen fortgesetzt, Deutschlands Industrie und Deutschlands Handel während des Krieges nach Kräften zu verdrängen, doch bisher haben wir keinen Anlaß, über die Ergebnisse dieser Tätigkeit besonders besorgt zu sein. Vermochte schon Amerika unter gegenwärtigen Verhältnissen nicht in nennenswertem Umfange sich an die Stelle der deutschen Konkurrenz zu setzen, so waren noch viel weniger die mit uns im Kriege stehenden Länder dazu imstande, die mit sich selbst genug zu tun haben. Um gut eingeführte deutsche Fabrikate aus dem Felde zu schlagen, gehört viel Arbeit, viel Anpassungsfähigkeit und viel Organisation, kurz Leistungen, die nicht von heute zu morgen, auch nicht in wenigen Monaten zu bewältigen sind. Vor allem aber kommt in Betracht, daß die meisten Gebiete, nach denen sich die überseeische Ausfuhr Deutschlands bis zur Unterbindung des Seeverkehrs gerichtet hatte, durch den Weltkrieg gleichfalls wirtschaftlich in Mitleidenschaft gezogen und in ihrer Kaufkraft beträchtlich geschwächt sind. Nicht ohne Bedeutung ist noch dabei der Umstand, daß in vielen dieser Länder vor Kriegsausbruch Wirtschaftskrisen sich in der Entwicklung befanden, die durch die Kriegseinflüsse sich natürlich noch verschärften.

Als törichte Hebertreibungen werden sich jene französischen und englischen Ankündigungen von dem ewigen Boykott deutscher Waren erweisen. Ewig ist etwas lange; aber von einer wirkungsvollen Durchführung derartiger Boykotte gegen Deutschland auf dem Weltmarkt dürfte auch für kürzere Fristen nach Eintritt des Friedens keine Rede sein. Von leitenden russischen Kreisen sind auf

englische und französische Animerungsversuche nach jener Richtung hin deutliche Abgaben erteilt worden; man hat Industrie- und Handelskreisen der Alliierten von Ausland zu erkennen gegeben, daß man nicht gewillt ist, unabsehbare Tribute durch Sperre gegen deutsche Waren an England und Frankreich zu zahlen, und daß die Einfuhr aus diesen Ländern eine Bevorgung nur dann erwarten könnte, wenn die Qualitäten und die Preisgestaltung gegenüber deutschen Angeboten als wettbewerbsfähig sich erweisen würden. Auf diese Probe kann die deutsche Industrie es ruhig ankommen lassen; was die Konkurrenz im Frieden nicht zu leisten in der Lage war, wird sie während des Krieges nicht gerade nachgeholt haben, viel näher liegt die Schlussfolgerung, daß die Wettbewerbsfähigkeit der englischen Industrie durch den Krieg erheblich und jedenfalls viel mehr als die der deutschen gelitten hat.

Zu den deutschen Industrien, die auch während des Krieges eine uneingeschränkte Ausfuhrfähigkeit hätten entfalten können, gehört die Kallindustrie. Bei der Monopolstellung, die deutsches Kali in der Welt hat, war an Absatz kein Mangel; aber die vielseitige Verwertungsmöglichkeit der Salze auch zu militärischen Zwecken ließ eine unkontrollierte Ausfuhr nicht zu. So kam der allergrößte Teil der bedeutenden Kallausfuhr in Wegfall. Die finanziellen Rückwirkungen dieses Ausfalles machen sich für die Kallindustrie um so nachhaltiger geltend, da die Auslandspreise für Kali besonders gewinnbringend sind; sie dürfen nach dem Kallgesetz nicht niedriger als die Inlandspreise sein und sind denn auch in der Praxis höher gewesen. Mehrfach hieß es, daß Amerika lebhaft Versuche mache, aus Kaligesteinen brauchbares Kali herzustellen, um aus dem Kalimangel herauszukommen und in dem Kalibezug von Deutschland unabhängig zu werden. Nach neueren Mitteilungen haben sich die Kallgewinnungsversuche der Amerikaner im eigenen Lande als erfolglos herausgestellt; sie sind nun dazu übergegangen, Konzessionen für die Ausbeutung von Kalllagern, die in Spanien gefunden wurden, zu erwerben. Kali wurde außer in Deutschland auch sonst schon in andern Ländern exportiert; aber noch nirgends erwiesen sich diese Funde als wirklich ausbeutungsfähig. Ob die Aussichten für die spanische Kallgewinnung besser sind, steht noch dahin, jedenfalls aber sind die Aussichten der Amerikaner gering, die spanischen Kallwerke unter ihre Kontrolle zu bringen; denn die spanische Regierung hat sich die Ausbeutung der Kalllager selbst vorbehalten. Bei privaten Werken errichtet sie eine staatliche Aufsicht, außerdem ist für spanische Kallsalze ein Ausfuhrverbot erlassen worden. Also die Aussichten der deutschen Kallindustrie für das Auslandsgeschäft nach dem Kriege haben sich nicht verschlechtert.

Einen vorzüglichen Abschluß für das Jahr 1914/15 kann die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft ausweisen. Nach Abzug von Unkosten, Steuern, Obligationen, Zinsen ergibt sich ein Reingewinn von 21,980 Millionen Mark gegen 18,892 Millionen Mark im Vorjahr. Die Verwaltung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft bemerkt in ihrer offiziellen Mitteilung, daß die Kriegsunterstützung der Familien der Einberufenen, die sich für das erste Jahr auf 4 612 414 belief, aus dem Betriebe gedeckt wurde. Das Bankguthaben beträgt 103,8 Millionen Mark. Der Vergleich des Gewinnes für 1914/15 mit dem des Vorjahres läßt keine sicheren Schlüsse zu; denn es ist bekannt, daß im Vorjahre ganz außerordentlich große innere Abschreibungen und Rückstellungen vorgenommen wurden. Der Reingewinn im Jahre 1913/14 betrug rund 28 Millionen Mark; im Jahre 1913/14 war er sicherlich im Grunde nicht niedriger. Diesmal wird der Reingewinn gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Millionen Mark höher ausgewiesen; es fragt sich nun, in welchem Umfange für 1914/15 innere Rückstellungen und Abschreibungen erfolgten. Die Dividende kommt mit 11 pZt. gegen 10 pZt. im Vorjahre auf 155 Millionen Mark Aktien zur Verteilung; in den Jahren 1909/10 bis 1912/13 betrug die Dividende je 14 pZt. Auch in dem Falle der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft ist darauf hinzuweisen, daß mit dem System der Geheimabschreibungen und Geheimbilanzierungen im Interesse volkswirtschaftlicher Klarheit gebrochen werden muß.

Berlin, den 10. November 1915.

Julius Kaliski.

Eine Jubiläumsschrift der Generalkommission.

Die Generalkommission hat aus Anlaß ihres fünfzigjährigen Bestehens eine Erinnerungsschrift herausgegeben, die die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung von 1890 bis 1915 in Wort und Bild darstellt. Der Verfasser der Schrift, der langjährige, vereidete Redakteur des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission, Paul Umbreit, hat mit dieser inhaltreichen Jubiläumsgabe, die den Gewerkschaften Deutschlands gewidmet ist, unsere gewerkschaftliche Literatur um ein hochinteressantes, wertvolles Werk bereichert. In dem Vorwort bemerkt der Verfasser:

Die vorliegende Schrift soll weder eine Geschichte der deutschen Gewerkschaften noch der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sein, sondern eine Gedenkchrift zur Erinnerung an das Vierteljahrhundert der Entwicklung und Kämpfe, das die deutschen Gewerkschaften und die Generalkommission seit der Begründung der letzteren zurückgelegt haben. Dieser Zeitraum erschien denen gering, die ihn mit dem Werden der Gewerkschaftsbewegung miterlebt haben, und manches Ereignis, manche Auseinandersetzung in ihnen noch in so lebhafter Erinnerung, als wären sie erst vor wenigen Jahren geschehen. Aber Millionen deutscher Gewerkschaftsmitglieder sind erst in späteren Jahren und Jahrzehnten für

die Gewerkschaften gewonnen worden. Ihnen soll diese Schrift jene große Zeit, da die Gewerkschaften noch klein waren und trotzdem schon Riesenerfolge in sich verspürten, die sie wachen fühlten und deren Gemütnisse und Schranken sie überwinden mußten, näherbringen. Nicht in trockenen historischen Abhandlungen mit Daten und umfangreichen Statistiken, sondern mit dem warmen Herzen des Werbenden für eine große Sache. Den Allen aber, die schon damals mitgearbeitet und mitgekämpft haben, soll sie das Gedächtnis auffrischen und die Erinnerung wecken an ernste und heitere Tage und Jahre, an Freud und Leid, das sie mit uns gemeinsam durchgestanden haben. Es soll ihnen eine Genugtuung sein, das verfloßene Vierteljahrhundert gleichsam im Fluge nochmals zu durchleben und aufs neue ihr Lebenswerk von den kleinsten Anfängen bis zu seiner heutigen Größe zu begleiten.

Doch hebt sich der Inhalt des Werkes weit über den Rahmen einer Gedenkchrift hinaus, es bietet in prägnanter Form in einer Reihe von Abhandlungen eine Fülle wohlgeordneter Materialien aus dem so bedeutsamen Abschnitt des Werdeganges der gewerkschaftlichen Bewegung und der Generalkommission seit dem Aufheben des Sozialistengesetzes.

Der Verfasser schildert zuerst in kurzen Umrissen die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Kurz vor dem Erlaß des Ausnahmegesetzes bestanden bereits 26 Zentralverbände, darunter auch der Verband der Maler, Lackierer und Vergolder mit dem Sitz in Leipzig, und fünf Lokalvereine mit etwas über 49 000 Mitgliedern in 1300 Orten, die mit dem Inkrafttreten des Ausnahmegesetzes bis auf zwei Verbände der Auflösung verfielen. Raum waren aber die Schranken des Sozialistengesetzes gefallen, da rüstete Partei und Gewerkschaften sich zur Reorganisation. Die Gewerkschaften führten der Ernst des Kampfes zur Einheit. Der Nachkampf des Hamburger Unternehmertums aus Anlaß der ersten Kaiserfeier gegen

die Organisationen der Arbeiter rief die Gesamtarbeitergesellschaft Deutschlands auf den Plan, die in Sammlungen für die Ausgesperrten ihre Solidarität bekundete. Aus diesem großen Kampfe für das Koalitionsrecht der Arbeiter ist vor 25 Jahren die Generalkommission als Kampfeinheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands hervorgegangen. Am 17. November 1890 erfolgte die Gründung auf einer Gewerkschaftskonferenz in Berlin. Als Sitz der Generalkommission wurde Hamburg bestimmt. In recht lebendiger Darstellung erfolgt nun in einzelnen Abschnitten das Ringen und Kämpfen der Generalkommission in den ersten Jahren ihres Bestehens. Die unliebsamen Differenzen mit der Partei erreichten auf dem Parteitag in Köln ihren Höhepunkt; noch manche unerquickliche Störung gab es später zu beseitigen, bis 13 Jahre später die volle Gleichberechtigung der Gewerkschaften zur Anerkennung kam. Trotz alledem schritt der Gewerkschaftsgedanke erfreulich vorwärts.

Die Zeit von 1893 an bezeichnet die Periode des Aufbaues der Gewerkschaften. Es begann ein systematisches Erziehungswerk in bezug auf die innere Reorganisation derselben. Schrittweise wurde die Erhöhung der Beiträge durchgeführt, die Notwendigkeit der Einführung und Verbesserung der Unterstützungen propagiert, auf dem Gebiete der Lohnkämpfe eine gründliche Ordnung geschaffen und das Verwaltungswesen geregelt. Mit welchen Widerständen in den meisten Verbänden diese Einrichtungen oft verbunden waren, ist nur zu gut bekannt. Ein weiteres Stück Organisationsarbeit vollzog sich durch den Ausbau der Gewerkschaftsartelle, durch Errichtung von Arbeitersekretariaten und weiteren verschiedenen sozialpolitischen Materien, wie Vereinsrecht, Arbeiterschutz, Unfallversicherung, Fabrikinspektion usw.

Noch einmal beehängigte man sich auf dem zweiten Gewerkschaftskongreß 1896 in Berlin mit der Aufhebung der Generalkommission, doch erklärte sich der Kongreß gegen

* 25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung, 1890 bis 1915. Erinnerungsschrift zum fünfzigjährigen Bestehen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands von Paul Umbreit. Verlag der Generalkommission. 155 Seiten. Preis gebunden M 2. Die Generalkommissionenmitglieder bei Bezug durch ihre Organisation M 1,00.

Von unsern Kollegen im Felde.

Das Eisene Kreuz erhielt Kollege Otto Lange, Mitglied der Zentrale Kolberg.

Aus Unternehmerkreisen.

Zum Ablauf der Tarife 1916 führt die „Klempner- und Installateur-Zeitung“ in Berlin unter anderem aus:

Am 1. April 1916 laufen die meisten Tarife im Bauhandwerk ab. Im Bauhandwerk ist man seit längerer Zeit bemüht gewesen, die Tarife auf die gleiche Zeitdauer wie im Baugewerbe abzuschließen. Schon vor dem Kriege wurde das Jahr 1916 für ein Jahr größerer Tarifkämpfe angesehen. Durch den Krieg aber und nach dem Kriege wird diese Angelegenheit nicht besser, sondern schlimmer werden, und zwar durch den jedenfalls eintretenden Arbeitermangel. Von Seiten der Gewerkschaften wird denn auch bereits zu diesen neuen Kämpfen gerufen. Die Arbeitgeber seien deshalb daran erinnert, daß nach dem Kriege eine straffe und zielbewusste Organisation mehr denn je vonnöten sein wird. Wir wollen uns nicht verhehlen, daß wir nach Beendigung des Krieges nicht in die rege Fröhlichkeit eines geliebten Friedens springen werden, sondern es wird eine Zeit voll Kämpfe und Schwierigkeiten sein.

Gerade nach dem Kriege wird es mehr denn je notwendig sein, daß bereits vorher sämtliche Klempnerbetriebe sich in ihrem Arbeitgeberverband vereinigt haben, um die Interessen des Klempnerhandwerks in zweckmäßiger Weise nach jeder Richtung hin vertreten zu können. Der Zusammenschluß der Klempnermeister in Arbeitgeberverbänden hat ja in den letzten Jahren recht erfreuliche Fortschritte gemacht, indessen ist das letzter immer noch nicht in dem Maße der Fall, wie die Gebung und Kräftigung des Klempnerhandwerks dies notwendig erscheinen läßt. In vielen Orten besteht weder eine Innung noch ein Arbeitgeberverband, trotzdem gerade dort die Besserung der wirtschaftlichen Lage des Klempnerhandwerks dringend notwendig wäre.

Den Arbeitern insgesamt sollten diese Stimmen aus Arbeitgeberkreisen zu denken geben. Gilt es doch für sie in allererster Linie, ihrer Organisation treu zu bleiben, sie durch Gewinnung neuer Mitglieder zu stärken, um den kommenden schweren Zeiten gerüstet entgegenzugehen.

Baugewerbliches.

Zur Bautätigkeit in Ostpreußen. Die Bautätigkeit in dieser Provinz läßt selbstverständlich beim Herannahen der Winterszeit nach, doch ist man bereits mit Vorarbeiten für die nächstjährige Bauzeit befaßt. In Königsberg sollen beim Hauptbauberatungsausschuss über 3000 Bauanträge aus Ostpreußen vorliegen, und man rechnet, wie der „Baumwelt“ berichtet wird, im kommenden Frühjahr mit circa 15000 solcher Anträge. Die unteren Verwaltungsbehörden sind erlucht, ein Verzeichnis der von den kriegsgeschädigten Bewohnern projektierten Bauten einzureichen, zu denen sie Vorkaufsrechte zu beantragen beabsichtigen, und von den Kriegsgeschädigten ist ein Programm für ihre Bauten diesen Behörden mitzuteilen. Solch kriegsgeschädigter hat sich mit dem königlichen Bauberatungsausschuss vor Besprechung mit einem Bauunternehmer ins Benehmen zu setzen, andernfalls geht er der Entschädigung verlustig.

Die Kriegshilfe-Kommission hat im Anschluß an den Erlaß der beteiligten Minister über die Grundzüge für die Gewährung von Vorkaufs- und Zuschlägen für Ostpreußen das Verfahren auf Gewährung dieser Zuschläge bestimmt. Diese Bestimmungen sind einzulehen beziehungsweise zu beziehen.

Der Verwaltungsrat der Verbindungsstelle der Handwerkskammern für den Wiederaufbau Ostpreußens hat die Handwerkskammer zu Bromberg aufgestellten Arbeitsplan, wonach den ostdeutschen Handwerkskammern in ihren Bezirken die Gründung von Lieferungsvereinigungen und Handwerker Genossenschaften zwecks Übernahme von Leistungen und Lieferungen beim Wiederaufbau empfohlen wird. Namentlich soll das engere Baugewerbe: Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Maler, Schlosser, Installateure usw., bei diesen Gründungen berücksichtigt werden. Angestrebt

wird hierbei eine mögliche Zentralfaktion derselben nach dem Muster der bereits organisierten Tischlergenossenschaften.

Die Nachfrage nach Bauarbeitern für Ostpreußen, wird der „Baumwelt“ aus Königsberg gemeldet, ist ständig sehr groß und kann nicht voll befriedigt werden. Der vom Ostpreussischen Arbeitsnachweisverbande in Königsberg eingerichtete Arbeitsnachweis für das Bau- und Holzgewerbe hat bereits sehr nützliche Dienste geleistet. Im ersten Vierteljahr seiner Tätigkeit, vom 1. Juli bis 1. Oktober, hat dieser Arbeitsnachweis 484 Bauhandwerker (Maurer- und Zimmergehilfen) und 144 Tischlergehilfen aus andern Teilen des Reiches für Ostpreußen herangezogen. Um die Arbeiterbeschaffung zu erleichtern, ist jetzt für die Arbeitskräfte, die vom Arbeitsnachweisverband für den Wiederaufbau aus andern Teilen des Reiches beschafft werden, eine Fahrpreisermäßigung von 1/3 für den Kilometer bewilligt worden. Allerdings werden diese herangeholten Leute immer weniger ausreichen, weil ihre Zahl allmählich geringer werden dürfte, da jetzt nirgends mehr großer Ueberschuß an gelernten Arbeitern besteht. Infolgedessen wird man immer mehr auf Kriegsgefangene zurückgreifen müssen, unter denen sich auch recht viele gelernte Arbeiter befinden. Schon jetzt finden diese auch bei vielen kleineren Baugesellschaften in Ostpreußen Verwendung. Der Oberpräsident hat noch die Militärbehörden erlucht, die Vergabe von Bauarbeitern nach Möglichkeit zu erleichtern und die Gefangenenlager daraufhin zu sichten. Die Gefangenen werden durch die Kreisbehörden oder durch den Arbeitsnachweis in Königsberg vermittelt. Allerdings kommen nur Arbeiter für das Baugewerbe in Frage, nicht aber für das Holzgewerbe, weil für dieses der Arbeitsnachweisverband genügend deutsche Arbeitskräfte beschaffen kann.

Gewerkschaftliches.

Der fünfundsingzigjährige Gedenktag der deutschen Gewerkschaften wurde am 18. November in Berliner Gewerkschaftshaus durch eine der jetzigen Zeit angemessene feierliche Feier begangen, die sich auf einen kleinen Kreis von Teilnehmern beschränkte. Die Generalkommission, deren verbündeter Vorsitzender Regiens auf diesem Tage sein fünfundsingzigjähriges gewerkschaftliches Arbeitsjubiläum feierte, hatte eine Konferenz von Vertretern der Zentralvorstände einberufen. Diese fanden sich am Abend zu einem zwanglosen Zusammensein ein, an dem außer dem Vertreter des Parteivorstandes und der Konsumgenossenschaft, die Berliner Gewerkschaftskommission und die ehemaligen Mitglieder der früheren Generalkommission teilnahmen.

Nach einer Ansprache Regiens über mancherlei Interessantes, besonders aus der alten Geschichte der Generalkommission und der Gewerkschaften, überreichte dem Jubilar der Alterspräsident der Generalkommission, Döblin, eine Ehrengabe, in der die Mitglieder der Generalkommission, der Parteivorstand, die Großeinkaufsgesellschaft und der Zentralverband deutscher Konsumvereine sowie sämtliche Vorstände der Zentralverbände treffliche Widmungen eingezichnet haben. Das künstlerisch einzigartig ausgestattete Werk, in dem jeder Widmung ein Emblem vorgezeichnet ist, das im Wappen das durch den Verband vertretene Handwerk symbolisiert, und das für den Jubilar eine ständige liebe Erinnerung bieten wird, wurde ihm als äußere Anerkennung seiner Verdienste und seiner unermüdeten gewerkschaftlichen Tätigkeit überreicht. Regiens übertrug den bei der Ueberreichung der Adresse an ihn erstatteten Dank auf die anderen Mitglieder der Generalkommission und auf andere Gewerkschaftsführer, so auch besonders auf Umbreit, dessen unermüdeter Arbeitskraft die Gewerkschaftsbewegung vieles verdanke. Er gedachte auch der Verdienste der Verstorbenen, so vor allem Schmeling, Klotz, Frau Thiers und anderer.

Ebert, der die Glückwünsche des Parteivorstandes überbrachte, pries das gute kameradschaftliche Verhältnis zwischen der Partei- und der Gewerkschaftsbewegung. Diese Kampfesbrüderschaft sei die Voraussetzung für erfolgreiche Kämpfe, und die durch die Gewerkschaften mächtig geförderte Solidarität habe als Bilanz dieses Vierteljahrhundert Arbeiterbewegung einen nennenswerten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg der deut-

lichen Arbeiterklasse zu verzeichnen. Treue Waffenbrüderschaft zwischen Partei und Gewerkschaften nach dem Kriege sei aber besonders notwendig, um den großen, noch harrenden Aufgaben gewachsen zu sein. Unter besonderer Zustimmung gedachte er der Hunderttausende, die im wirtschaftlichen Kampfe für die Größe der Arbeiterbewegung ihre Existenz in die Schranken schlagen mußten und — was vor ihm auch schon Leuten gelang hat — der Wackeren im Felde draußen, die für uns und das Vaterland ihr Leben opfern mußten. Doch auch Regiens persönliche Verdienste um die Einheit der Arbeiterbewegung hob Ebert hervor; ihm, der neben seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit auch stets reiche politische Arbeit geleistet habe, sei für das gute Zusammenwirken zwischen Partei und Gewerkschaften viel zu danken.

Nachdem noch Dr. Müller, als Vertreter der Konsumgenossenschaft einige Anerkennungsworte gesprochen, u. G. in einige Reminiscenzen aus der Tätigkeit der alten Generalkommission zum besten gegeben und mit einem Ausblick auf die zukünftige Zeit der Gewerkschaftsbewegung geschlossen hatte, war die Feier, die im wesentlichen durch diese Reden ausgefüllt wurde, beendet.

Von den vielen Glückwünschen, die dem Jubilar zugegangen waren, sei der der österreichischen Generalkommission besonders genannt.

Die Feier war allgemein von dem innigen Wunsche durchweht, daß diese für das deutsche Volk und die Gewerkschaften schwere Zeit recht bald abgelöst werden möge durch die kulturelle Arbeit im eigenen Lande, an der auch unsere Gewerkschaften einen großen Anteil haben, und daß unsere Gewerkschaftskameraden zu dieser friedfertigen Arbeit in die Reihen der Gewerkschaften bald zurückkehren möchten.

Kriegsbeschädigtenfürsorge im Sattler- und Porteuillergewerbe. Auf Veranlassung des Verbandsvorstandes des Sattlerverbandes ist für die Offenbacher Lederwaren-Industrie mit der dortigen Unternehmervereinigung folgende Abmachung getroffen:

Es wird zur Pflicht eines jeden Fabrikanten gemacht, seine eigenen durch den Krieg beschädigten Arbeiter wieder bei sich aufzunehmen.

Sollte dies aus besonderen Umständen nicht möglich sein, so kann der Fabrikant selbst einer der Organisationen davon Kenntnis geben, damit sich diese um die Unterbringung des Betroffenen bemüht.

Die Bezahlung der Invaliden, solange solche dem Heere angehören, ist von der Behörde geregelt. Wenn die Betroffenen keine Soldaten mehr sind, so soll die Bezahlung nach der Leistungsfähigkeit des betreffenden Invaliden erfolgen, selbstverständlich muß der normale Arbeiter nach dem Tarifvertrag entlohnt werden, ohne Berücksichtigung des staatlichen Zuschusses.

Es ist eine Ehrenpflicht der Fabrikanten, sich darum zu bemühen, daß keinerlei Ausbeutung stattfindet.

Auch für Kriegsbeschädigte, die etwa einen Arm oder Finger verloren haben, muß in den betreffenden Betrieben Unterkunft geschaffen werden.

In Berlin haben mehrere Sitzungen und Besprechungen stattgefunden, an denen neben Verbandsvertretern noch Beauftragte der Sattlerinnung, der Vereinigungen der Lederwaren-, Treibriemen- und Heeresausstattungsfabrikanten teilnahmen, mit dem Erfolg, daß eine Fürsorge-Arbeitsgemeinschaft für kriegsbeschädigte Berufsangehörige des Sattler- und Lederwarengewerbes in Groß-Berlin gebildet wurde, um kriegsbeschädigten Berufsangehörigen bei der Erlangung von Beschäftigung — entsprechend ihrer Befähigung und ihrem körperlichen Zustande — behilflich zu sein. Anspruch auf die Fürsorge der Arbeitsgemeinschaft haben alle Berufsangehörigen, die infolge ihrer Teilnahme am Kriege in ihrer Erwerbsfähigkeit vorübergehend oder dauernd beschränkt sind, soweit sie vor Ausbruch beziehungsweise während des Krieges in irgendeinem Zweig des Sattler- und Lederwarengewerbes Groß-Berlins beschäftigt waren, sowie alle diejenigen kriegsbeschädigten Berufsangehörigen, die zwar bei Ausbruch des Krieges oder während des Krieges beschäftigungslos waren, aber nachweislich vor dieser Zeit im Gewerbe beschäftigt wurden.

Die Fürsorgetätigkeit ist unabhängig davon, ob der Kriegsbeschädigte einer Berufsvereinigung angehört oder nicht.

Bei der Unterbringung der Kriegsbeschädigten wird nach folgenden Grundsätzen verfahren:

- a) Es wird zunächst versucht, den Beschädigten bei derjenigen Firma unterzubringen, bei der er zuletzt beschäftigt war.
- b) Ist dieses aus irgendeinem Grunde nicht angängig, wird die Unterbringung des Beschädigten in einem gleichartigen Betriebe versucht werden, wobei möglichst darauf gesehen wird, daß der Beschädigte in einer seiner früheren Tätigkeit entsprechenden Weise beschäftigt wird.
- c) Sollte der körperliche Zustand oder die Art der erlittenen Beschädigung die Weiterbeschäftigung des Beschädigten im Gewerbe unmöglich machen, so soll versucht werden, eine andere passende Beschäftigung — eventuell durch Inanspruchnahme von anderweitigen Fürsorgestellen — ausfindig zu machen.

Die Entlohnung der Kriegsbeschädigten richtet sich im allgemeinen nach den im Gewerbe beziehungsweise in den einzelnen Zweigen des Berufes üblichen Grundsätzen.

Soweit tarifliche Lohnvereinbarungen bestehen, gelten diese auch für die Kriegsverletzten. Eine Anrechnung eventueller Rentenbezüge darf nicht erfolgen.

Ist die Art der erlittenen Beschädigung eine derartige, daß die Arbeitskraft des Beschädigten erheblich hinter der eines gesunden Arbeiters zurücksteht, so kann dieses bei der Vereinbarung des Zeitlohnes berücksichtigt werden.

Führt sich ein bereits in Arbeit gebrachter Kriegsbeschädigter gegenüber seinen gesunden Kollegen benachteiligt, oder glaubt er, die ihm übertragenen Arbeiten nicht ausführen zu können, so wird die Arbeitsgemeinschaft versuchen, eine Verstandigung herbeizuführen, falls dieses vorher zwischen dem beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht möglich gewesen ist. In gleicher Weise wird verfahren, wenn ein Arbeitgeber in ähnlichen Fällen die Vermittlung der Arbeitsgemeinschaft in Anspruch nimmt.

wenige Stimmen grundsätzlich für eine zusammenfassende Vertretung sämtlicher Gewerkschaften. Wie notwendig das war, zeigten die kommenden Ereignisse. Die einseitigen, umfangreichen Lohnkämpfe erforderten ein geschlossenes, einiges Zusammenstehen, besonders als der große Hamburger Hafenarbeiterstreik den Anstoß zur kräftigen Entfaltung der Unternehmerverbände gab, die Scharfmacherei gegen die aufsteigende Arbeiterbewegung überhandnahm und das Einlecken des „Buchtstaurjes“ sich bemerkbar machte.

Doch auch diese schwere Zeit ward überwunden, die Latkraft der Gewerkschaften in diesen fortwährenden Kämpfen erlitt keine Einbuße, statt Unterdrückung und Vernichtung ein glänzender Aufstieg in unerwarteter schneller Entwicklung. 1902 wurde auf Beschluß des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses der Sitz der Generalkommission nach Berlin verlegt, wohin seitdem auch viele Zentralverbände überfiedelten. Immer größere organisatorische und wichtige sozialpolitische Aufgaben traten an die Zentralkommission heran. In Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesiens, Elb-Lothringen, im Saarrevier, im Siegerland wurden eigene Agitationsbüros errichtet, fremdsprachige Zeitungen wurden herausgegeben, das „Correspondenzblatt“ in großzügiger Weise erweitert, das Zentralarbeitersekretariat zur Vertretung verstreuter Mitglieder vor dem Reichsversicherungsamt, die sozialpolitische Abteilung und das Arbeiterinnensekretariat eingerichtet und gewerkschaftliche Unterrichtsstufe eingeführt, die internationalen Verbindungen mit den Gewerkschaften aller Kulturländer gepflegt und erweitert und auf dem fruchtbaren Gebiet der Genossenschaftsbewegung eine erfolgreiche Tätigkeit entfaltet.

Es kam hier nicht eingehend auf das überreiche Material eingegangen werden, das in dem vorliegenden Buch eine überaus treffliche Bearbeitung gefunden hat, es muß

von jedem sich Aufklärung verschaffenden Gewerkschafter gelesen werden, der in geschlossenem Rahmen einen Gesamtüberblick über die Bedeutung und Leistungen der Gewerkschaftsbewegung als Kulturfaktor gewinnen will. Die einzelnen Abschnitte eignen sich auch vorzüglich zum Vorlesen und Diskutieren in kleinen Versammlungen; denn ein tiefer Schatz von Belehrung und Aufklärung ist hier aufgespeichert, der hauptsächlich den jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern nicht dringend genug zur Aneignung empfohlen werden kann. Ueberall leuchtet uns aus dem Werk das Vertrauen des Verfassers in die Kraft und den endgültigen Sieg der Arbeiterbewegung entgegen, besonders in dem Schlusssatz: „Die Gewerkschaften nach dem Kriege“, wo er die Fragen aufwirft: Wie wird man die Gewerkschaften nach dem Kriege behandeln, und wie werden sich die Gewerkschaften dann verhalten? Gewiß wird es der Gewerkschaftsbewegung auch künftighin nicht an Feinden fehlen, doch sagt Umbreit und seiner Ansicht schließen wir uns an: „Mögen sie tun, was sie nicht lassen können. Sie betrachten den Staat als ihre Domäne, in der sie nach ihren Interessen schalten und walten können. Das Reich aber, das aus dem Weltkrieg als Sieger hervorgeht, ist mit dem Blute von Millionen von Staatsbürgern zusammengefügt, es ist eine Errungenschaft des ganzen deutschen Volkes, es gehört dem deutschen Volke wie die Volksvertretung, deren Heim nunmehr die ihm gebührende Anschrift erhalten soll. Es soll ein neues Deutschland werden, in dem auch der Arbeiter als gleichberechtigter Bürger angesehen ist, und es wird ein neues Deutschland werden! Die Zübricht lassen wir uns nicht rauben, und dafür werden wir allezeit unsere besten Kräfte einsetzen — heute wie vor fünfundsingzig Jahren!“

Die Entscheidungen der Arbeitsgemeinschaft sind endgültig.

Die Arbeitsgemeinschaft erledigt ihre Arbeiten in der Regel im mündlichen Verfahren.

Dieses Abkommen ist an eine bestimmte Zeitdauer nicht gebunden.

Mit der Leitung der Arbeitsgemeinschaft wurde eine paritätische Kommission aus zehn Mitgliedern der an dieser Vereinarbeit beteiligten Organisationen betraut.

Der Bund deutscher Sattlerinnungen hat auf der Tagesordnung seines Bundestages die Kriegsbeschädigtenfürsorge zur Beschlussfassung gestellt und sollen diese Vereinbarungen auf das ganze Reich ausgedehnt werden.

Die bayerischen Gewerkschaftskartelle nach zwölf Kriegemonthaten. Der Gewerkschaftsverein München hat bei sämtlichen Kartellen Bayerns Erhebungen gepflogen über die Verhältnisse der Gewerkschaften während des ersten Kriegsjahres vom 1. August 1914 bis 1. August 1915.

Aus den meisten Kartellen kamen Klagen über den großen Mitgliederabgang infolge der Einberufung zum Heeresdienst und den dadurch eintretenden öfteren Wechsel der Kartellvorstehenden und Funktionäre der einzelnen Gewerkschaften.

Die Mitgliederzahl der 67 Kartelle betrug nach den eingelangten Feststellungen am 1. August 1914 im ganzen 207 856; davon waren 173 253 männliche und 34 603 weibliche.

Die Gesamteinnahmen bei den 67 Kartellen betrugen in der Vereinszeit M. 5 328 039, denen an Gesamtausgaben M. 5 335 687,41 gegenüberstehen.

Von den 67 Kartellen wurden 161 Zahlstellen gemeldet, die infolge Einberufung sämtlicher Mitglieder aufgelöst wurden.

Reichstariivertragsverhandlungen für das Schneidergewerbe. Die Reichstariivertragskommission für das Schneidergewerbe hat am 8. November in Nürnberg ihre Vorarbeiten für den Reichstariif, der am 1. März 1917 in Kraft treten soll, fortgesetzt.

Im Anchluss an die Verhandlungen über den Reichstariif werden die Hauptverbände der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften unter Vorsitz der Unparteiischen: Reichsrat v. Schulz-Berlin, Gewerbeaufsichtsdirektor

Dr. Brenner-München und Magistratsyndikus Dr. Hiller, die Uniformblöcke für die neuen Friedensuniformen zu regeln suchen.

Sozialpolitisches.

Unterstützung von Kriegerfamilien. Auf Einladung des Staatssekretärs des Innern fand am 11. November im Reichstagsgebäude zu Berlin eine Besprechung über die Handhabung des Gesetzes, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28. November 1888 und 4. August 1914, zwischen den Vertretern der Reichsbehörden und sämtlichen Bundesregierungen statt.

Genossenschaftliches.

Die Volksfürsorge ist gemeinnützig! Der Vorstand der Volksfürsorge hat alsbald nach Eröffnung des Betriebes der Gesellschaft, am 21. August 1913, auf dem vorgeschriebenen Wege über die Direktivbehörde in Hamburg an den Bundesrat den Antrag gestellt:

Die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, von der Entrichtung des Aktienstempels befreien zu wollen.

Nach der Nummer 1a des Tarifs des Reichsstempelgesetzes vom 15. Juni 1909 sind von inländischen Aktien 3 vom Hundert des eingezahlten Aktienkapitals zu entrichten.

Alle hier geforderten Voraussetzungen sind im Gesellschaftsvertrag durch die Verwaltung der Volksfürsorge erfüllt und nun vom Bundesrat auch als vorliegend anerkannt worden.

Die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, von der Entrichtung des Aktienstempels befreien zu wollen.

Die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, von der Entrichtung des Aktienstempels befreien zu wollen.

Die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, von der Entrichtung des Aktienstempels befreien zu wollen.

Literarisches.

Dokumente zum Weltkrieg. Herausgegeben von Ed. Bernstein. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW 68. Geben ist Best XII: Das serbische Glaubensbuch erschienen. Preis 50 Pf.

Das Werk enthält die Urkunden, welche die serbische Regierung über die dem Kriegsausbruch vorhergegangenen diplomatischen Verhandlungen mit den beteiligten Mächten veröffentlicht hat.

Zur Beurteilung der Kriegsbursachen ist die Kenntnis dieser Urkunden erforderlich.

Was wird nach dem Kriege? Im Verlag der „Internationalen Korrespondenz“ (H. Baumeister), Berlin-Karlshorst, erscheint als bestes Heft der „Kriegsprobleme der Arbeiterklasse“ eine Arbeit „Großindustrie und Kriegswirkungen“ aus der Feder von Richard Wolbl.

Der Verfasser klärt die Fragen, die uns nicht nur jetzt schon stark interessieren, sondern dann noch eine bedeutende Rolle spielen, wenn der Krieg zu Ende ist.

Zwei entgegengesetzte Tendenzen muß unausbleiblich der Krieg in der deutschen Industriewirtschaft hervorbringen: An Menschen im Arbeitsprozess geschwächt, wird sich das Wirtschaftleben zugleich rationalisieren.

Die billige Preis von 10 Pf ermöglicht auch Massenverwendung ins Feld. Wir brauchen derartige Aufklärung, um uns auf jene Auseinandersetzungen vorzubereiten, die kommen werden.

Sterbetafel.

Cöln. Am 31. Oktober starb plötzlich unser Mitglied Tillmann Fränzen im Alter von nahezu 62 Jahren.

Wiesbaden. Am 21. Oktober starb unser Kollege Anton Schönbach im Alter von 69 Jahren an Herzschwäche.

Vereinsteil.

Bericht der Hauptklasse vom 14. bis 20. November. Eingeliefert haben für die Hauptkasse: Wilhelmshaven M. 200, Göttingen 80, Forst 80.

Material wurde versandt (B = Beitragsmartene): Mannheim 4000 B & 80 Pf, 2000 B & 120. Neumünster 400 B & 85, 100 B & 10.

Name	Buch-Nr.	Begahlt bis zur	Ort
Mag Geballe	80485	16. Woche 1915	Breslau
Herrn Müller	46232	86. " 1915	Nürnberg
Wolff Siemer	11771	89. " 1915	Bremen
Mari. Weidensteller	32727	82. " 1915	Magdeburg

Die Woche vom 28. November bis 4. Dezember ist die 48. Beitragswoch. P. Wenker, Kassierer.

1a Terpentin-Ersatz = 1a Firniss-Ersatz liefern franko so lange Vorrat reicht Gebrüder Nussbaum, Bemesserte Offerte gratis! Fulda.

Grosses Sparsystem

zum Bezug von wenig getragenen Herrschaftskleidern! Ich empfehle Jedermann, sich ohne Verbindlichkeit meinen grossen illustrierten Katalog über Herrenkleider, vom besten Publikum stammend, kostenlos und portofrei kommen zu lassen.

Anzüge in allen Formen Mk. 12,- bis Mk. 45,- Ueberzieher und Ulster " 6,- " 40,- Rosen " 3,- " 12,-

Jede, auch die kleinste Bestellung wird sorgfältig ausgeführt! Für nicht gefallende Waren sende ich anstandslos das Geld zurück.

L. Spielmann, Versandhaus für wenig getragene Kavalierekleider, München 113, Gärtnerplatz 1 u. 2.

Erhebungen über die Lohn- u. Arbeitsverhältnisse im Malerberufe 1912.

Wer sich über die Entwicklung und den Stand der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Malerberufe in Deutschland unterrichten will, tut gut, sich diese Statistik des Bundes anzuschaffen.

Das Malergewerbe Die Berufs- und sozialen Verhältnisse, Gesundheitsgefahren und Gesundheitschutz der Arbeiter des Malergewerbes.

Das Malergewerbe Die Berufs- und sozialen Verhältnisse, Gesundheitsgefahren und Gesundheitschutz der Arbeiter des Malergewerbes.

Das Malergewerbe Die Berufs- und sozialen Verhältnisse, Gesundheitsgefahren und Gesundheitschutz der Arbeiter des Malergewerbes.

Der heutigen Nummer liegt Nr. 47 des „Korrespondenzblattes“ bei.